



PRESSEINFORMATION

„Standortbedingungen für die Wirtschaft müssen dringend verbessert werden“

Staatssekretär Dr. Patrick Rapp besucht die Badischen Stahlwerke in Kehl

***Kehl, 31. März 2025.* Die wirtschaftliche Lage in Deutschland bleibt angespannt: Hohe Energiekosten, eine rückläufige Konjunktur und ambitionierte Klimaziele setzen gerade energieintensive Industriebetriebe wie die Badischen Stahlwerke (BSW) unter Druck. Vor diesem Hintergrund besuchte Dr. Patrick Rapp, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus des Landes Baden-Württemberg, am 28. März das Elektrostahlwerk in Kehl, um sich selbst ein Bild von den Herausforderungen vor Ort zu machen. Im Gespräch mit Geschäftsführer Andreas Volkert ging es um wirtschaftliche Standortfaktoren und die Zukunft klimafreundlicher Stahlproduktion.**

Die Badischen Stahlwerke sind eines der größten und produktivsten Elektrostahlwerke in Deutschland. Bis zu 2,4 Millionen Tonnen Stahl fertigen sie jährlich für die Bauindustrie in Deutschland und dem angrenzenden Ausland. Dafür wird Stahlschrott in den zwei Elektro-Lichtbogenöfen des Werks bei 1.600 Grad eingeschmolzen und zu neuem Stahl weiterverarbeitet. Ein Prozess, der eine gewaltige Menge an Energie benötigt – und die kostet in Deutschland seit einigen Jahren deutlich mehr als in anderen Ländern der EU.

Energiepreise und Baukrise setzen Stahlindustrie unter Druck

Für die Badischen Stahlwerke bleiben die hohen Energiekosten nicht ohne Folgen: „Der massive Anstieg der Strom- und Gaspreise in den vergangenen Jahren und nicht zuletzt der Wegfall des Zuschusses zur Netzentgelt-Stützung hat unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit erheblich geschwächt“, erklärt Volkert. Auch die anhaltende Krise in der Bauwirtschaft setzt die Badischen Stahlwerke unter Druck. So hat der Rückgang der Baugenehmigungen um fast 22 Prozent im vergangenen Jahr die Nachfrage nach Betonstahl spürbar einbrechen lassen. „Um unsere Wirtschaftskraft langfristig zu sichern, brauchen wir dringend Entlastung bei den Energiekosten und darüber hinaus Wachstumsanreize und gezielte Fördermaßnahmen für die Bauwirtschaft“, so Volkert.

Volkert: „Klimaneutralität braucht verlässliche und faire Rahmenbedingungen“

Auch die ambitionierten Klimaziele der Politik stellen die Stahlindustrie vor große Aufgaben. Besonders in Baden-Württemberg, wo die Klimaneutralität bereits bis 2040 erreicht werden soll – fünf Jahre früher als der Bund und ganze zehn Jahre früher als auf EU-Ebene. „Für die Badischen Stahlwerke heißt das: Nach aktuellem Stand müssen wir deutlich früher CO₂-neutral werden als unsere Wettbewerber“, erläutert Volkert.

Mit der strombasierten Stahlproduktion haben die Badischen Stahlwerke eine wichtige Basis für klimafreundlichen Stahl bereits geschaffen: Schon heute stoßen sie 80 Prozent weniger CO₂ aus als Werke mit Hochofen. „Um vollständig klimaneutral zu werden, brauchen wir jedoch verlässliche, planbare und faire Rahmenbedingungen, die für uns und unsere Wettbewerber in den anderen Bundesländern und in der EU gleichermaßen gelten“, betont Volkert. „Das heißt unter anderem: Gleiche Fristen bei den Klimazielen, die Beibehaltung einer einheitlichen Stromgebotszone in Deutschland und ausreichend grüner Strom und Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen. Die Pläne von CDU/CSU und SPD zur Senkung der Stromkosten und insbesondere der Netzentgelte sowie zur Ausweitung und Förderung des Wasserstoffausbaus begrüßen wir daher ausdrücklich – doch noch sind sie nicht beschlossen! Jetzt kommt es darauf an, dass die Regierungsbildung zügig voranschreitet und die Vorhaben schnell umgesetzt werden. Die Zeit drängt, denn ohne klare Perspektiven für die Industrie stehen Klimaziele und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland gleichermaßen auf dem Spiel!“

Rapp: „Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen schnell und unbürokratisch steigern!“

Staatssekretär Rapp zeigte Verständnis für die Herausforderungen der Industrie und machte deutlich: „Die Standortbedingungen für die Wirtschaft müssen dringend verbessert werden. Bei der Verteilung von Infrastrukturmitteln müssen wir daher besonders solche Maßnahmen priorisieren, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen steigern. Dazu gehören neben Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung vor allem der Ausbau von Energienetzen inklusive der notwendigen Wasserstoff- und CO₂-Infrastruktur. Zugleich dürfen wir die dringend benötigten strukturellen Reformen nicht aus dem Blick verlieren, denn sie sind entscheidend, um den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder zukunftsfähig aufzustellen. Dazu gehören insbesondere wettbewerbsfähige Energiepreise und der Abbau von Bürokratie. Kurze Planungsverfahren und schnelle Entscheidungswege sind essenziell, damit die Verbesserungen schnell spürbar werden!“